

## Bericht aus dem Kantonsrat

Sitzung vom Montag, 28. Januar 2013

Verfasser: Beni Schwarzenbach

### Erklärungen zum Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan (KEF) 2014-2017

#### 1. Lohnkostentransparenz und Lohnrichtlinien für sämtliche Leistungsgruppen

Gemäss RRB 1111/2012 hat der Regierungsrat für das Jahr 2013 folgende lohnwirksame Massnahmen beschlossen: Teuerungsausgleich: 0%, individuelle Lohnerhöhungen: 0.4%, Einmalzulagen: 0.2%. In einer Stellungnahme vom 4. Oktober 2012 zur Entwicklung von Beschäftigungsumfang und Lohnsumme liefert der Regierungsrat eine Tabelle, bei der die Lohnsumme zwischen Budget 2012 und KEF 2013 insgesamt um rund 4% ansteigt, während der Beschäftigungsumfang lediglich um 2% ansteigt. Die Diskrepanz wirft Fragen auf.

Alle Fraktionen sind sich einig, dass bzgl. Lohnkostenentwicklung bessere Transparenz gelten muss und überweisen die KEF-Erklärung entgegen dem Antrag von Regierungsrätin Ursula Gut.

#### 2. Amt für Justizvollzug

Der Antrag fordert die Umsetzung des Projekts «Alt werden im Straf- und Massnahmenvollzug» bis 2016. Im Projekt sollen Vorschläge für den Umgang mit Inhaftierten im Pensionsalter erarbeitet und umgesetzt werden.

Trotz Unterstützung durch die glp-Fraktion erlangt der Antrag im Rat keine Mehrheit.

#### 3. Fachstelle Kultur

Der Kostenbeitrag für den Betrieb des Opernhaus soll in jedem Jahr der KEF Periode 2014 bis 2016 auf maximal 80% des Gesamtaufwandes der Fachstelle Kultur begrenzt werden.

Die FDP verteidigt wenig überraschend ihre Lieblingsinstitution mit Händen und Füssen, auch wenn die Budgetbegrenzung sehr geringfügig ist. Auch der Regierungsrat lehnt sie ab. Mit Unterstützung der glp wird der Antrag vom Rat knapp angenommen.

#### 4. Abschaffung der Fachstelle für Integrationsfragen des Kantons Zürich

Die Fachstelle für Integrationsfragen des Kantons Zürich soll abgeschafft werden. Die bisher dieser Fachstelle zugeordneten Bundesbeiträge und die entsprechenden «gebundenen Aufgaben» werden in Zukunft durch eine andere Stabsstelle der Direktion der Justiz und des Innern wahrgenommen. Der nicht mehr benötigte Personal-, Infrastruktur und Gemeinkostenaufwand wird um 2'200'000 Franken reduziert.

Die glp wie auch der Kantonsrat unterstützen den Antrag nicht.

#### 5. W5 Veloanteil

Die Wirksamkeit der verschiedenen Velofördermassnahmen des Kantons soll mit einem neuen Indikator effizient überprüft werden (Anteil Fahrten Velo / Anzahl aller Fahrten).

Die glp und der Kantonsrat unterstützen den Antrag.

#### 6. Volksschule / Kinder- und Jugendhilfe

Die Evaluation von QUIMS (Qualität in multikulturellen Schulen) hat aufgezeigt, dass die Zielsetzungen in der sprachlichen Förderung nicht erreicht werden konnten. Die Hälfte der Ausgaben (2 Mio. Franken) für diese Mass-

nahmen sollen deshalb in die sprachliche Frühförderung verschoben werden.

Die glp unterstützt den Antrag, der Kantonsrat knapp nicht.

#### 7. Volksschule

Der Aufwand der Volksschule ist so zu reduzieren, dass er im Vergleich zu 2012 maximal im Verhältnis zu den Anzahl Schülern zuzüglich Teuerung wächst. Gemäss KEF steigt der Nettoaufwand des Kantons von rund 2'900 Franken pro Schülerin und Schüler (2012) auf 3'400 Franken pro Schülerin und Schüler (2016). Der Antrag löst heftige Diskussionen über die Bildungspolitik zwischen den Linken und den Bürgerlichen aus.

Die Undifferenziertheit des Antrages stösst bei der glp wie im Rat gleichermassen auf wenig Unterstützung.

#### 8. Mittelschulen

Die Zuwanderung von Tausenden gut ausgebildeter Fachleute und Akademikerinnen und Akademiker aus dem Ausland ist ein deutliches Indiz für die Tatsache, dass in der Schweiz zu wenig Nachwuchs mit Abschlüssen auf Tertiärstufe ausgebildet wird. In Zürich soll deshalb die Maturitätsquote bis zum schweizerischen Mittel angehoben werden. Die Mittelschulquote soll vom Erreichen von Leistungszielen abhängen – und nicht von einer festgesetzten Quote, welche gar nichts über die Qualität der MaturandInnen aussagt.

Die glp und der Rat lehnen den Antrag ab.

#### 9. Mittelschulen

Der Aufwand der Mittelschulen ist so zu reduzieren, dass er im Vergleich zu 2012 maximal im Verhältnis zu den Anzahl Lernenden zuzüglich Teuerung wächst.

Die glp und der Rat lehnen den Antrag ab.

#### 10. Berufsschulen

Dieser Vorstoss ist mit Nr. 8 identisch, betrifft diesmal aber die Berufsschulen und nicht die Mittelschulen.

Die glp und der Rat lehnen den Antrag ab.

#### 11. Berufsbildung

Dieser Vorstoss ist mit Nr. 9 identisch, betrifft diesmal aber die Berufsschulen und nicht die Mittelschulen.

Die glp und der Rat lehnen den Antrag ab.

#### 12. Universität Zürich

Der Antrag verlangt, dass im Leistungsauftrag an die UZH das Akquirieren von Drittmitteln aufgeführt wird. Dazu ist ein Anreizsystem zu definieren, bei dem Drittmittelträge einen direkten Einfluss auf die kantonalen Leistungsbeiträge haben. Dieser Antrag hätte weitreichende Folgen und würde Fächer, die für die Privatwirtschaft weniger wichtig sind, stark benachteiligen. Investitionen Privater in die universitäre Forschung und Lehre sind meist mit konkreten Interessen verbunden, was die Unabhängigkeit der Universität in Frage stellen würde.

Die glp lehnt den Antrag ab, der Rat heisst ihn ganz knapp gut.

#### 13. Universität Zürich

Dieser Vorstoss ist mit Nr. 9 identisch, betrifft diesmal aber die Universität und nicht die Mittelschulen.

Die glp lehnt den Antrag ab, der Rat heisst ihn ganz knapp gut.

#### 14. Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften

Dieser Vorstoss ist mit Nr. 9 identisch, betrifft diesmal aber die Hochschule für angewandte Wissenschaften und nicht die Mittelschulen.

Die glp und der Rat unterstützen den Antrag.

15. Zürcher Hochschule der Künste

Dieser Vorstoss ist mit Nr. 9 identisch, betrifft diesmal aber die Hochschule der Künste und nicht die Mittelschulen.

Die glp und der Rat unterstützen den Antrag.

16. Pädagogische Hochschule Zürich

Dieser Vorstoss ist mit Nr. 9 identisch, betrifft diesmal aber die Pädagogische Hochschule Zürich und nicht die Mittelschulen.

Die glp und der Rat unterstützen den Antrag.

17. Sicherung des Nachwuchses in der Jugendhilfe

Der Antrag verlangt die Schaffung von 9 Ausbildungsstellen in den Kinder- und Jugendberatungsstellen.

Die glp und der Rat lehnen den Antrag ab.

18. Weiterführung des Entwicklungsschwerpunktes «Erarbeitung eines Programms zur energetischen Sanierung der kantonalen Bauten, Investitionsstrategie»

Der bisherige Entwicklungsschwerpunkt «Erarbeitung eines Programms zur energetischen Sanierung der kantonalen Bauten, Investitionsstrategie» wird weitergeführt.

Die glp und der Rat unterstützen den Antrag.

19. Ausgeglichenes Budget in Natur- und Heimatschutz-Fonds

Die jährliche Einlage in den NHS-Fonds aus den allgemeinen Steuermitteln soll für 2014 bis 2016 von 18 auf nur 21 Mio. Franken statt von 18 auf 24 Mio. Franken erhöht werden.

Die glp und der Rat lehnen den Antrag ab.

20. Reduktion beim Personal für die Jahre 2013 bis 2016 beim Betriebsinspektorat

Der KEF-Antrag wird vom Antragssteller zurückgezogen.

21. Universitätsspital

Im Leistungsauftrag an das USZ soll das Akquirieren von Drittmitteln aufgeführt werden. Dazu ist ein Anreizsystem zu definieren, bei dem Drittmittelträge einen direkten Einfluss auf die kantonalen Eigentümerbeiträge haben.

Die glp und der Rat lehnen den Antrag mit überwältigendem Mehr ab.

**Seerestaurant im Bereich des Bürkliplatzes**

Der Postulant der CVP ist der Meinung, dass das kulinarische Angebot am See in Zürich erbärmlich ist, worin sich eigentlich alle Fraktionen einig sind. Die Frage ist nur, ob der Staat gesetzlich dazu verpflichtet werden soll, selber ein Restaurant zu eröffnen. Die Grünen und die glp sehen das nicht so, unterliegen damit jedoch im Rat.